

Nein oder nicht nein

Gundelitunnel Diese Grossratssitzung hätte sich William Shakespeare kaum besser ausgedacht

VON BENJAMIN ROSCH

Wenn das Basler Parlament den Verkehr berät, ist das wie bei Shakespeare. Jeder kennt die Handlung schon im Voraus, kennt die ganzen Dia- und Monologe zu Teilen auswendig. Das Spektakel hängt stark davon ab, wie gut die Protagonisten ihre Rolle mimen. Die Basler Grossräte reden mit der gleichen Inbrunst über Kaphaltestellen und Parkplätze wie Macbeth über seinen Verrat. Wie sich der Grosse Rat aber gestern inszenierte, das war grosses Theater, das brachte völlig neue Dimensionen in tausend Mal gesehenen Stoff.

Zerstrittene Kommission

Der Prolog fand am Morgen statt. Seinen Ursprung hatte er hinter verschlossenen Türen. Die Umwelt, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) wurde sich nicht einig, wie die St. Alban-Anlage in Zukunft aussehen soll, und verfasste einen Mehrheits- und Minderheitsbericht. Wie so oft, ist man versucht zu sagen. Auch wenn die Schätzung von LDP-Grossrat Thomas Müry («in 99 von 100 Fällen ist das so») etwas hoch gegriffen scheint: Die Uvek ist die zerstrittene aller Grossratskommissionen. Die Sache spielt dabei zuweilen eine untergeordnete Rolle, die Grenzen verlaufen zwischen motorisierten Verkehrsteilnehmern und öV-Benutzern wie Velofahrenden.

Gestriger Streitpunkt war der Wegfall von 18 Parkplätzen und die Befürchtung, dass mit der neuen Tramhaltestelle mehr Stau aufkommen könnte. Eine deutliche Mehrheit folgte dem Kommissionspräsidenten Michael Wüthrich (GB) und dessen Mehrheit im Gremium. So weit, so unpektakulär. Die zweite grosse Affiche versprach aber schon in



Musste lange zittern: Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels (SP).

NICOLE NARS

ihrer Ausgangslage mehr Suspense. Mittels Motion wollten die Genossen einen möglichen Gundelitunnel auf Jahre verbieten, ja jeglichen Ausbau der Strassenkapazitäten im betroffenen Perimeter. In einem ersten Anlauf setzten sich die Linken und Grünen durch - auch gegen ihren eigenen Regierungsrat Hans-Peter Wessels. An vorderster Front kämpfte Dominique König-Lüdin (SP). Sie hatte

dem Magistraten in der eigenen Partei zuletzt schon einige Niederlagen versetzt, etwa bei der Osttangente.

Damals durfte sie aber noch auf bürgerliche Hilfe zählen. Das war jetzt anders. CVP, LDP, FDP und SVP traten geschlossen auf. Der Druck schien gross, hatte doch Thomas Müry (LDP) die Motion noch mitunterzeichnet, kroch aber gestern öffentlich zu Kreuze und wand-

te sich der Fraktion zu. Damit König-Lüdin zur Königsmörderin werden konnte, war sie auf jede Unterstützung innerhalb der eigenen Partei und aus dem Grünen Bündnis angewiesen.

Früh machten allerdings Gerüchte über Abweichter die Runde. Diese hielten sich mit ihren Voten vornehm zurück. Andere nicht. Während sich die Sitzung ihrem Ende zuneigte, enterte ein Grossrat nach der anderen das Rednerpult. In diesem Punkt hielt sich niemand an Shakespeares Anweisungen, der zwei Aphorismen prägte: «Wo Worte selten sind, haben sie Gewicht» und «Behauptung ist nicht Beweis».

Knappstmöglicher Entscheid

Inhaltlich konnten sie sich keine Zugeständnisse abringen. Bürgerliche und Wessels warnten vor dem «Denkverbot», Linke vor Verkehr. Schliesslich folgte die Abstimmung, und sie endete mit dem knappstmöglichen Ergebnis. Es lag an Remo Gallacchi, dem Grossratspräsidenten aus der CVP, sein Urteil zu fällen. Er richtete im Sinne der Bürgerlichen. Die Motion - und nicht der Tunnel - wurde beerdigt.

Die Auswertung indes zeigt: Während die Bürgerlichen geschlossen auftraten, enthielten sich zwei Genossen (Tim Cuénod und Ursula Metzger). Damit endete der Aufstand, wo er begann, in den eigenen Reihen. Anlass zur Aufregung gab noch kurz die Abwesenheitsmeldung von SP-Fraktionschefin Beatriz Greuter. Doch sie hätte König-Lüdin unterstützt, einzig das Gerät versagte. Am Ergebnis änderte das nichts, denn das gleiche Schicksal traf mit Heiner Vischer (LDP) auch ein bürgerliches Gegenüber.

Es wäre auch fast ein bisschen zu viel Drama gewesen.

Par Lamento Tierschutz und Heimatschutz

◆ Zugebissen

Immer wieder wanderten die Augen der Parlamentarier in der Debatte über den Leinenzwang in den Langen Erlen zu SP-Grossrätin Tanja Soland. Diese ist seit ihrem Vorstoss für einen Hundepark unfreiwillig zur Hündeler-Expertin geworden. Doch auch wenn Soland den Leinenzwang ablehnte: Bei der Debatte schwieg sie eisern. Dabei hätte sie das spannendste Votum aller halten können, wie sie später unter vier Augen verriet. Die passionierte Joggerin wurde nämlich tatsächlich mal beim Frühsport von einem Vierbeiner gebissen - in den Langen Erlen.

◆ Der G-Punkt

Bei der Debatte um Sicherheit für Velofahrer argumentierte Stephan Luethi mit dem Beispiel der «Metzgerstrasse». Als ihn dann der Berufskleinbasler Felix Eymann fragte, wo diese zu finden sei, antwortete Luethi: «Ich meinte natürlich die Metzgerstrasse. G weg!» (HYS)

KURZ UND SCHERZLOS

WOHNPOLITIK

SP-Vorstoss gegen Airbnb erfolgreich

Der Grosse Rat hat gestern drei Vorstösse der SP zur Wohnpolitik an die Regierung überwiesen. Der erste richtete sich gegen «Wohnraumfresser» wie die Onlineplattform Airbnb. Wohnungen würden zweckentfremdet und gewerbsmässig im Internet vermietet. Ein weiterer Vorstoss fordert die Schaffung eines Unterstützungsfonds für gemeinnützigen Wohnraum, der etwa Genossenschaften einen Vorstoss geben kann, wenn diese nicht über genügend flüssige Mittel verfügen, um spontan eine Immobilie zu kaufen. Und schliesslich soll der Höchstbetrag für die Vergütung des betreuten Alterswohnens erhöht werden, damit pflegebedürftige Personen länger in ihren eigenen vier Wänden wohnen können.

JA ZU SVP-VORSTOSS Mehr Sicherheit gegen Terror

Einen Erfolg durfte gestern die SVP einfahren: Der Grosse Rat überwies gestern mit 49 zu 48 Stimmen knapp einen Anzug aus der Feder von SVP-Grossrat Joël Thüring, der zusätzliche Massnahmen gegen Terror bei Grossveranstaltungen prüfen lassen will. «Wir sind es unserer Bevölkerung schuldig, dass wir dem Regierungsrat Ideen zur Sicherheit vorschlagen», sagte Thüring. Wenig überraschend lehnte die Linke die verschärften Sicherheitsmassnahmen - wie etwa zusätzliche Poller aus Metall - ab. «Wir verkaufen einen Placebo-Effekt als wirkungsvolles Mittel zum Schutz unserer Bevölkerung», sagte SP-Grossrat Thomas Gander. (BZ)

Leinenpflicht in den Langen Erlen

Wildtier-Schutz Halter müssen ihre Hunde während der Brutzeit künftig wohl an die Leine nehmen

VON JONAS HOSKYN

Im Kanton Basel-Stadt müssen während der Brut- und Setzzeit Hunde an der Leine geführt werden. Das hat der Grosse Rat gestern mit klarer Mehrheit entschieden. Eingereicht hatte den Vorstoss der Grüne Parlamentarier Michael Wüthrich. Dadurch, dass die Nachbarkantone eine Schonzeit kennen, würden im Frühjahr auch viele Baselbieter in den Langen Erlen ihre Hunde herumrennen lassen. «Damit wird der Nutzungsdruck in diesem sensiblen Gebiet, in dem auch das Trinkwasser für unseren Kanton produziert wird, weiter erhöht.» Trotzdem hätten sich in den letzten Jahren in den Langen Erlen wieder Wildtiere wie Feldhasen und Rehe eingenistet. Der Schutz dieser aufkommenden Populationen sei jedoch durch die fehlende Leinenpflicht wieder in Gefahr. «Es gibt nicht nur Hunde und

Menschen», meinte Wüthrich in seinem Votum. «Dem sollten wir Rechnung tragen.»

Quer durch die Parteien

Es sei ein Trugschluss, zu glauben, dass in den Langen Erlen keine Wildtiere leben, pflichtete Parteikollege Thomas Grossenbacher bei. «Es gibt Rehe, Hasen, Wildfische und rund 50 Vogelarten, darunter viele Bodenbrüter.» Gleichzeitig gebe es auch Halter, die nicht verstehen, warum es problematisch ist, wenn ihr Hund einem Reh nachjagt.

Der Graben zwischen den Hündelern und den Tierschützern verlief quer durch die Parteien. Basta-Grossrat Beat Leuthardt, ebenfalls Fraktionsmitglied des Grünen Bündnisses, wehrte sich gegen das «HundeBASHing». Er würde selber gelegentlich mit dem Hund einer Freundin spazieren gehen. «Der dreht

durch, wenn er an die Leine muss.» Er habe am Vortag extra noch eine Proberunde gemacht in den Langen Erlen und sich mit Spaziergängern ohne Hund unterhalten. «Die meisten waren

«Es gibt nicht nur Menschen und Hunde. Dem sollten wir Rechnung tragen.»

Michael Wüthrich
Grossrat Grünes Bündnis

der Meinung, es gehe ganz gut, so wie es jetzt läuft.» Der Anzug sei nicht verhältnismässig. Es werde mit Kanonen auf Spatzen beziehungsweise Hunde geschossen, so Leuthardt.

«An die Vernunft appellieren»

Am klarsten gegen die Leinenpflicht positionierte sich die SVP. Vize-Präsident Eduard Rutschmann sah ganz an-

dere Probleme: «Nicht zu unterschätzen sind die Mountainbike- und E-Bike-Lenker, die überall durchfahren und dabei die Tiere stören.» Wichtiger als ein Verbot auszusprechen sei es, an die Vernunft zu appellieren.

Auch CVP-Grossrat Christian Griss wehrte sich gegen die Leinenpflicht in den Langen Erlen: «In einer dicht besiedelten Landschaft sollten wir uns nach den Bedürfnissen richten und nicht einfach restriktive Regeln aufstellen.» Als Vergleich zog er den Wintersport herbei. Dort setze man auf Verdichtung der bestehenden Gebiete und den Schutz der unberührten Flächen. «Areale nahe von Siedlungen sollte man nutzen können und dafür abgelegene Gebiete wirklich schützen», schlussfolgerte Griss. «Die Langen Erlen sind kein naturnahes Gebiet. Für Rehe und Hasen gibt es genügend andere Lebensräume.»

INSERAT

FRISCHER SPARGEL
VERKAUF DIREKT AB HOF!
MARTIN WASSMER
GRÜNECKHOF
SCHLIENGEN
AUSFAHRT BAD BELLINGEN • Tel.: 07635 - 3838
Täglich von 8³⁰ bis 19⁰⁰ Uhr geöffnet (auch an Sonn- und Feiertagen)

St. Jakobshalle

Nur acht Stimmen für die Roger-Federer-Arena

Die St. Jakobshalle wird auf absehbare Zeit nicht in Roger-Federer-Arena umbenannt. Die FDP-Grossrätin Martina Bernasconi hatte diese Idee, die in den letzten Jahren immer wieder auftauchte, Anfang Jahr offiziell als politischen Vorstoss eingereicht, nachdem der Tennisstar mit seinem 20. Grand-Slam-Titel eine weitere Rekordmarke geknackt hatte.

Im Basler Parlament stiess Bernasconi damit auf wenig Begeisterung. Zwar würdigten alle Sprecher die einzigartigen sportlichen Leistungen von

Federer, für die Umbenennung fand sich aber kein Befürworter. Am Schluss wurde die Idee mit gerade acht Ja-Stimmen deutlich verworfen.

Auffällig: Für ein Nein plädierten Politiker von links bis rechts, die für ihre Sportaffinität bekannt sind. Etwa SVP-Grossrat, Anwalt und Fussballspielervermittler Heiner Ueberwasser. Er befürchtete markenrechtliche Probleme. Ausserdem sei er grundsätzlich kritisch, wenn es darum gehe, Sportstätten umzubenennen: «Sonst diskutieren wir vielleicht bald einmal über

die Lækkerlihuus-Halle.» Auch René Häfliger, der unter anderem als Sportjournalist arbeitet, meinte: «Ich bin ein grosser Roger-Federer-Fan, aber er steht auch für Credit Suisse, Sunrise, Rolex, Nike und Jura-Kaffeemaschinen. Wir würden die Halle auch an diese Unternehmen mitverkaufen.» SP-Grossrat Thomas Gander schliesslich meinte: «Es kann später einmal eine schöne Geste sein, Federer so ein Denkmal zu setzen. Aber heute ist es noch zu früh. Und ich bin fast sicher, er sieht das auch so.» (HYS)